


RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025
Telefax 712 94 25

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

ZI 3160-01/93

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1017 Wien

Betrifft: Entwurf eines BG, mit dem das Meldegesetz 1991,
das Wählerevidenzgesetz 1973, das Volksbegehren-
gesetz 1973, das NR-WO 1992, das Volksbefragungs-
gesetz 1989 und das Volkszählungsgesetz 1980
geändert werden (Hauptwohnsitzgesetz);
Begutachtung, Stellungnahme

Schreiben des BMI vom 10. August 1993,
GZ 95 014/13-IV/11/93/E

Betrifft GESETZENTWURF	
58-GE/19-13	
Datum:	13. SEP. 1993
Verteilt:	16. Sep. 1993 <i>Knecht</i>

F. G. Felsch - Harant

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum
ggstl Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Anlage

7. September 1993

Der Präsident:

Fiedler

**Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:**
W. Fiedler

**RECHNUNGSHOF**

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

Telefax 712 94 25

An das

Bundesministerium
für InneresPostfach 100
1014 WienBitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 3160-01/93

Betrifft: Entwurf eines BG, mit dem das Meldegesetz 1991,
das Wählerevidenzgesetz 1973, das Volksbegehren-
gesetz 1973, das NR-WO 1992, das Volksbefragungs-
gesetz 1989 und das Volkszählungsgesetz 1980
geändert werden (Hauptwohnsitzgesetz);
Begutachtung, Stellungnahme

Schreiben des BMI vom 10. August 1993,
GZ 95 014/13-IV/11/93/E

Der RH bestätigt den Erhalt des ggstl Entwurfes und teilt dazu wie folgt mit:

Gemäß § 14 Abs 1 BHG ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz oder eine Verordnung von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, die die in dieser Bestimmung geforderten Kriterien erfüllt.

Nach Ansicht des RH erfüllt die im Vorblatt zum ggstl Entwurf gegebene Information nicht die Anforderungen des § 14 Abs 1 BHG. Im Hinblick auf die von der Bundesregierung angestrebte Budgetkonsolidierung, zu deren Gelingen auch ganz wesentlich die Verminderung der Folgekosten von rechtsetzenden Maßnahmen beitragen kann, ist die Einhaltung der Bestimmungen des § 14 Abs 1 BHG unerlässlich.

Insb die Angabe, daß die Verwirklichung des zentralen Melderegisters einen dreistelligen Millionenbetrag – aufgeteilt auf die nächsten fünf bis sieben Jahre – erfordern werde, läßt einen Kostenrahmen von 100 bis 999 Millionen S offen.

RECHNUNGSHOF, ZI 3160-01/93

-2-

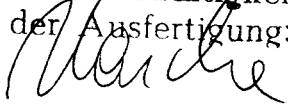
Von dieser Stellungnahme werden ue 25 Ausfertigungen dem Präsidium des NR und je zwei Ausfertigungen dem Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform sowie dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

7. September 1993

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Fiedler', written over the printed text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.